

Landesrecht Schleswig-Holstein

# Öffentliches Recht in Schleswig-Holstein

Eine prüfungsorientierte Darstellung

von

Prof. Dr. Florian Becker, Prof. Dr. Christoph Brüning

1. Auflage

Öffentliches Recht in Schleswig-Holstein – Becker / Brüning

schnell und portofrei erhältlich bei [beck-shop.de](http://beck-shop.de) DIE FACHBUCHHANDLUNG

Thematische Gliederung:

Besonderes Verwaltungsrecht - Gesamtdarstellungen



Verlag C.H. Beck München 2014

Verlag C.H. Beck im Internet:

[www.beck.de](http://www.beck.de)

ISBN 978 3 406 63882 4



**beck-shop.de**

# Öffentliches Recht in Schleswig-Holstein

Verfassungsrecht  
Kommunalrecht  
Polizei- und Sicherheitsrecht  
Öffentliches Baurecht

Eine prüfungsorientierte Darstellung

von

Univ.-Prof. Dr. iur. Florian Becker  
Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Univ.-Prof. Dr. iur. Christoph Brüning  
Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

2014



[www.beck.de](http://www.beck.de)

ISBN 978 3 406 63882 4

© 2014 Verlag C.H. Beck OHG  
Wilhelmstr. 9, 80801 München  
Druck und Bindung: Nomos Verlagsgesellschaft  
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim

Satz: Typo&Grafik, Schulzendorf/Berlin

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier  
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

## Vorwort

Nach Art. 1 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein ist das Land Schleswig-Holstein ein Gliedstaat der Bundesrepublik Deutschland. Unabhängig von Fläche, Einwohnerzahl und Finanzkraft verlangt die Eigenstaatlichkeit Schleswig-Holsteins nach einer Verfassungs- und Verwaltungsrechtsordnung im Rahmen der bundesstaatlichen Kompetenzverteilung und der Vorgaben grundgesetzlicher Homogenitätsanforderungen. Darin liegen Recht und Pflicht, Spielraum für Originalität und Zwang zur Rücksichtnahme gleichermaßen. Dabei hat Schleswig-Holstein seit seiner Gründung immer wieder beachtliche und innovative Legislativakte hervorgebracht.

Auf dem Gebiet des Öffentlichen Rechts bietet sich die größte Möglichkeit, die Rechtsordnung landesrechtlich zu prägen. Das betrifft naturgemäß die staatsrechtliche Umhegung des Verfassungsraums Schleswig-Holsteins. Das gilt aber auch für die verwaltungsrechtlichen Gebiete des Kommunalrechts, Polizei- und Ordnungsrechts sowie des öffentlichen Baurechts. Eingedenk aller länderübergreifenden Gemeinsamkeiten lassen sich hier landesstaatliche Eigenheiten finden. So hat Schleswig-Holstein als erstes Bundesland nach dem zweiten Weltkrieg das Verwaltungsverfahrenrecht mit weiteren Materien einschließlich solchen des besonderen Verwaltungsrechts im Allgemeinen Verwaltungsgesetz für das Land Schleswig-Holstein (Landesverwaltungsgesetz – LVWG) schon im Jahre 1967 kodifiziert. Neben dem reinen Verfahrensrecht im Sinne des Verwaltungsverfahrensgesetzes des Bundes und anderer Länder sind im Landesverwaltungsgesetz das Verwaltungsorganisationsrecht, das Verwaltungsvollstreckungsrecht sowie das Sicherheits- und Ordnungsrecht enthalten.

Das vorliegende Lehrbuch will wesentliche Teile der landesspezifischen Rechtsordnung Schleswig-Holsteins, nämlich das Verfassungsrecht, das Sicherheits- und Ordnungsrecht, das Kommunalrecht und das öffentliche Baurecht, systematisch darstellen und einen Überblick über die wesentlichen Strukturen und Regelungen geben. Dass die Autoren dabei auch und gerade die Interessen studentischer Leser im Blick haben, versteht sich von selbst. Darüber hinaus dürfte ein Interesse zahlreicher Rechtsanwender an einem Grundriss ausgewählter Referenzgebiete des Öffentlichen Rechts Schleswig-Holsteins bestehen.

Selbstverständlich können die Ausführungen an vielen Stellen vertieft werden, können weitere Rechtsgebiete aufgenommen werden, kann der Fallbezug erhöht oder verringert werden, kann die Verwaltungspraxis mehr oder weniger berücksichtigt werden, können Wissenschaft und Rechtsprechung intensiver oder zurückhaltender ausgewertet werden – das vorliegende Landesrecht Schleswig-Holstein versucht, insoweit möglichst vielen Interessen gerecht zu werden, und möchte dazu anregen, sich mit der Staats- und Verwaltungsordnung Schleswig-Holsteins zu beschäftigen.

Selbststand und Selbstbewusstsein dieses Landes spiegeln sich auch und gerade in seiner lebendigen Rechts- und Verwaltungskultur. Deshalb sind wir an einem Austausch mit den Lesern dieses Buches interessiert und für entsprechende Anregungen und Kritik offen.

Kiel, im November 2013

*Christoph Brüning  
Florian Becker*

## Inhaltsverzeichnis

### § 1. Überblick über das Landesverfassungsrecht

<b>A. Einführung</b> .....	2
<b>B. Staatsstrukturprinzipien</b> .....	3
I. Vorgaben des Art. 28 Abs. 1 GG .....	3
II. Staatsstrukturprinzipien und Staatszielbestimmungen in der Landes- verfassung .....	4
1. Staatsstrukturprinzipien .....	4
2. Landesverfassungsrechtliche Staatszielbestimmungen .....	5
<b>C. Grundrechte</b> .....	7
I. Das Verhältnis von Bundes- und Landesgrundrechten .....	7
II. Art. 2a LVerf SH als dynamische Rezeption .....	8
III. Inhalt der Rezeption .....	9
<b>D. Verfassungsorgane</b> .....	11
I. Landtag .....	11
1. Der Landtag im Verfassungsgefüge .....	11
2. Wahlrecht .....	12
a) Wahlrechtsgrundsätze .....	13
b) Wahlsystem .....	17
II. Die Landtagsabgeordneten .....	18
1. Das freie Mandat .....	18
2. Parlamentarische Rechte des Abgeordneten .....	21
3. Parlamentsrecht .....	22
a) Fraktionen .....	22
b) Opposition .....	23
c) Ausschüsse .....	24
d) Präsidium .....	26
III. Regierung .....	27
1. Wahl des Ministerpräsidenten .....	28
2. Vertrauensfrage .....	28
3. Sonstige Beendigung des Amtes .....	30
4. Öffentlichkeitsarbeit der Regierung .....	30
IV. Landesrechnungshof .....	31
V. Landesverfassungsgericht .....	32
1. Errichtung des Schleswig-Holsteinischen Landesverfassungsgerichts .....	32
2. Verhältnis von Bundes- und Landesverfassungsgerichtsbarkeit .....	33
3. Verfahren vor dem Landesverfassungsgericht .....	34
a) Organstreitverfahren .....	34
b) Abstrakte Normenkontrolle .....	35
c) Konkrete Normenkontrolle .....	36
d) Kommunalverfassungsbeschwerde .....	36
e) Wahlprüfungsbeschwerde .....	38



f) Die übrigen in der Landesverfassung vorgesehenen Verfahrensarten	40
4. Landesverfassungsbeschwerde	42
<b>E. Legislative und exekutive Staatsfunktionen</b>	43
I. Gesetzgebung	43
1. Gesetzgebungsverfahren	44
2. Verfassungsändernde Gesetze	45
3. Haushaltsgesetzgebung	45
4. Verordnungen	48
5. Satzungen	50
II. Exekutive Staatsfunktionen	51
<b>F. Plebiszitäre Elemente der Landesverfassung</b>	52
I. Volksinitiativen	52
II. Volksbegehren und Volksentscheid	53

## § 2. Kommunalrecht

<b>A. Einführung</b>	57
I. Die Stellung der Kommunen im Staat	57
1. Einordnung der Kommunen in den Staatsaufbau	57
a) Mittelbare und unmittelbare Landesverwaltung	58
b) Begriff und Funktion der Selbstverwaltung	59
2. Rechtsentwicklung und Rechtsgrundlagen	59
a) Geschichtliche Entwicklung der Selbstverwaltung	59
b) Rechtsgrundlagen	60
c) Europäisierung	61
II. Verfassungsgarantien der kommunalen Selbstverwaltung	63
1. Art. 28 Abs. 2 S. 1 GG	63
a) Rechtssubjektsgarantie	63
aa) Grundsätzliche Bedeutung von institutionellen Garantien	63
bb) Die institutionelle Garantie in Art. 28 Abs. 2 GG	63
b) Rechtsinstitutionsgarantie	64
aa) Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft	64
bb) Eigenverantwortlichkeit	65
cc) Gesetzesvorbehalt	66
(1) Kernbereich	66
(2) Randbereich	67
c) Subjektive Rechtsstellungsgarantie	67
2. Art. 46 LVerf	68
<b>B. Aufgaben der Kommunen und Staatsaufsicht</b>	69
I. Das kommunale Aufgabenspektrum	70
1. Aufgabendualismus oder Aufgabenmonismus?	70
2. Aufgabentypen	71
a) Selbstverwaltungsaufgaben, § 2 GO	71
b) Aufgaben zur Erfüllung nach Weisung, § 3 GO	71
c) Auftragsangelegenheiten kraft Bundesrecht	73
d) Aufgabenerfüllung im Wege der Organleihe	73
II. Strukturen der Aufsicht	73
1. Aufsichtsbehörden	73

a) Kommunalaufsicht	73
b) Fachaufsicht	74
2. Aufsichtsmittel	74
a) Kommunalaufsicht	74
aa) Grundsätze kommunalaufsichtlichen Handelns	74
bb) Präventive Aufsichtsmittel	75
(1) Beratung	75
(2) Genehmigungsvorbehalte	75
cc) Repressive Aufsichtsmittel	76
(1) Auskunftsrecht	76
(2) Beanstandung und Aufhebungsverlangen	76
(3) Anordnung	78
(4) Ersatzvornahme	79
(5) Bestellung eines Beauftragten	80
b) Fachaufsicht	81
III. Verwaltungsrechtsschutz gegen Aufsichtsmaßnahmen	82
1. Rechtsschutz gegen Maßnahmen der Kommunalaufsicht	82
2. Rechtsschutz gegen Maßnahmen der Fachaufsicht	82
<b>C. Kommunalverfassung</b>	<b>83</b>
I. Das Volk in der Kommune	84
1. Rechte der Einwohner	84
a) Benutzung öffentlicher Einrichtungen	84
aa) Tatbestand der öffentlichen Einrichtung	84
bb) Anspruch auf Zulassung	85
(1) Anspruchsberechtigung	85
(2) Anspruchsgrenzen	86
cc) Anspruch auf Benutzung	87
dd) Anschluss- und Benutzungszwang	88
b) Weitere Rechte der Einwohner	88
2. Pflichten der Einwohner	89
3. Rechte der Bürger	89
a) Wahlrecht	89
b) Bürgerbegehren und Bürgerentscheid	89
4. Pflichten der Bürger	92
a) Verschwiegenheitspflicht	92
b) Mitwirkungsverbote	93
aa) Persönlicher Anwendungsbereich	93
bb) Sachlicher Anwendungsbereich	94
cc) Rechtsfolgen	94
c) Treuepflicht	95
II. Die Gemeindevertretung	96
1. Rechtsstellung der Vertretungskörperschaft	96
2. Zusammensetzung und Wahl	97
3. Rechtsstellung der Gemeindevertreter	98
4. Organisation	99
a) Vorsitz, Ordnung und Hausrecht	99
b) Fraktionen	100
c) Ausschüsse	101
d) Geschäftsordnung	103
5. Aufgaben der Gemeindevertretung	103

III. Der Bürgermeister	104
1. Der ehrenamtliche Bürgermeister	104
2. Der hauptamtliche Bürgermeister	105
a) Wahl und Abberufung	106
b) Aufgaben	106
IV. Interne Willensbildung und Außenvertretung	107
1. Ordnungsgemäße Beschlussfassung der Gemeindevertretung	108
a) Verfahrensvorschriften	108
aa) Ordnungsgemäße Einberufung	108
bb) Beschlussfähigkeit	109
cc) Abstimmung/Wahl	110
dd) Mitwirkungsverbote	110
ee) Öffentlichkeit	110
b) Folgen von Verfahrensverstößen	111
2. Ordnungsgemäße Außenvertretung der Gemeinde	111
a) Formerfordernisse	112
b) Überschreitung der Kompetenzen im Innenverhältnis	112
c) Rechtsfolgen bei einem Verstoß gegen das Formerfordernis des § 56 Abs. 2 GO	113
V. Kommunale Organ-/Verfassungsstreitigkeiten	115
1. Besonderheiten in der Zulässigkeit	115
a) Eröffnung des Verwaltungsrechtswegs	115
b) Statthafte Klageart	116
c) Klagebefugnis	117
d) Richtiger Klagegegner	117
e) Beteiligungs- und Prozessfähigkeit	118
f) Allgemeines Rechtsschutzbedürfnis	118
2. Besonderheiten in der Begründetheit	119
<b>D. Kommunalverwaltung</b>	<b>119</b>
I. Rechtsetzung der Gemeinden	119
1. Kommunale Satzungen	119
a) Begriff	119
b) Ermächtigungsgrundlage und Gesetzesvorbehalt	120
c) Rechtmäßigkeitsanforderungen	120
aa) Formelle Rechtmäßigkeit	120
bb) Materielle Rechtmäßigkeit	121
d) Fehlerfolgen und Rechtsschutz	121
2. Rechtsverordnungen	122
II. Wirtschaftliche Betätigung der Kommunen	123
1. Zulässigkeit von kommunalrechtlichen Unternehmen	123
2. Wahl der Organisationsform	124
3. Rechtsschutz privater Konkurrenten	125
III. Finanzen und Haushalt	126
1. Haushalt	127
2. Finanzmittel	127
a) Arten der Kommunalabgaben	127
b) Erfordernis einer Ermächtigungsgrundlage	128

<b>E. Das Recht der Kreise</b> .....	128
I. Verfassungsrechtliche Garantien und das Recht auf Selbstverwaltung .....	128
II. Aufgaben .....	129
III. Organe des Kreises .....	130
IV. Rechte und Pflichten der Kreiseinwohner bzw. der Bürger des Kreises .....	130
<b>F. Ämter</b> .....	131
I. Rechtsstellung .....	131
II. Aufgaben .....	131
III. Organe .....	132
IV. Leitender Verwaltungsbeamter .....	132

## § 3. Polizei- und Sicherheitsrecht

<b>A. Einführung</b> .....	134
I. Sicherheit als Staatsaufgabe .....	134
II. Rechtsquellen des Polizei- und Sicherheitsrechts .....	135
<b>B. Überblick über die Rechtsformen des polizei- und ordnungsbehördlichen Handelns</b> .....	138
I. Verfügungen (Verwaltungsakte) .....	138
II. Erlaubnisse .....	139
III. Verordnungen .....	141
IV. Realakte .....	143
<b>C. Organisationsrecht der Polizei- und Ordnungsbehörden</b> .....	143
I. Allgemeine Organisationsgrundsätze .....	143
II. Allgemeine Ordnungsbehörden .....	144
III. Polizeibehörden .....	144
IV. Sonderordnungsbehörden .....	145
V. Die Zuständigkeit als Rechtmäßigkeitsvoraussetzung .....	145
1. Zuständigkeit der Ordnungsbehörden .....	145
a) Örtliche Zuständigkeit (§ 166 LVwG) .....	145
b) Sachliche Zuständigkeit (§ 165 LVwG) .....	145
2. Zuständigkeit der Polizei .....	147
<b>D. Die Polizei- und ordnungsbehördliche Generalklausel</b> .....	147
I. Erfordernis einer Ermächtigungsgrundlage .....	147
II. Tatbestandsvoraussetzungen der Generalklausel .....	148
1. Schutzgüter .....	148
a) Öffentliche Sicherheit .....	148
b) Öffentliche Ordnung .....	149
c) Vorbeugende Bekämpfung von Straftaten .....	151
d) Modifizierung der Schutzgüter in Spezialgesetzen .....	152
2. Der Gefahrbegriff .....	152
a) Gegenwärtigkeit der Gefahr .....	153
b) Konkretheit Gefahr .....	153
c) Prognoseentscheidung .....	154
3. Besondere Gefahrenlagen .....	155
a) Anscheinsgefahr .....	155
b) Putativgefahr .....	156
c) Gefahrverdacht .....	156
d) „Latente Gefahr“ .....	157

III. Rechtsfolge: Auswahl des Eingriffs und des Mittels	158
IV. Der Adressat polizeilicher Maßnahmen	158
1. Der Verhaltensstörer (§ 218 LVwG)	159
a) Verursachung durch aktives Tun	159
b) Verursachung durch qualifiziertes Unterlassen	160
c) Zurechnung fremden Verhaltens	161
2. Der Zweckveranlasser	161
3. Der Zustandsstörer (§ 219 LVwG)	162
4. Nichtstörer (§ 220 LVwG)	163
5. Störerauswahl	164
6. Nachfolge in Polizeipflicht	166
7. Verwaltungsträger	167
<b>E. Die traditionellen Standardmaßnahmen der Polizei</b>	167
I. Allgemeines	167
II. Vorladung und Vorführung (§§ 199, 200 LVwG)	169
III. Platzverweis und Aufenthaltsverbot (§ 201 LVwG)	171
IV. Ingewahrsamnahme (§ 204 LVwG)	173
1. Verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen	174
2. Tatbestandsvoraussetzungen	175
3. Verfahren	178
V. Betreten und Durchsuchen von Räumen (§ 208 LVwG)	179
1. Verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen	179
2. Tatbestandsvoraussetzungen	180
VI. Durchsuchung von Sachen (§ 206 LVwG)	181
1. Begriff und Allgemeines	181
2. Tatbestandsvoraussetzungen	182
3. Formvorschriften (§ 207 LVwG)	182
VII. Sicherstellung von Sachen (§ 210 LVwG)	183
1. Begriff und Allgemeines	183
2. Voraussetzung der Sicherstellung von Sachen	184
3. Formvorschriften (§§ 211 LVwG ff.)	185
<b>F. Datenerhebung und Datenverarbeitung</b>	186
I. Das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung	187
II. Systematik des Datenschutzes	188
III. Allgemeine Grundsätze der Datenerhebung und -verarbeitung (§§ 177 f. LVwG)	188
IV. Bereichsspezifische Generalklausel für Eingriffe in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung (§ 179 LVwG)	190
V. Standardermächtigungen zur Datenerhebung	192
1. Befragung (§ 180 LVwG)	192
2. Identitätsfeststellung (§ 181 LVwG)	193
3. Erkennungsdienstliche Maßnahmen (§ 183 LVwG)	193
4. Überwachung von Zusammenkünften (§ 184 LVwG)	194
5. Verdeckte Datenerhebung (§ 185 LVwG)	195
VI. Datenabgleich durch die Polizei (§§ 195 f. LVwG)	195
VII. Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur schleswig-holsteini- schen Kennzeichenerfassung	196

<b>G. Die Vollstreckung polizeilicher Verfügungen</b>	198
I. Allgemeines	198
II. Allgemeine Vollzugsvoraussetzungen	199
1. Die Vollzugsfähigkeit des Verwaltungsaktes (§ 228 LVwG)	199
2. Rechtmäßigkeit des Verwaltungsakts?	199
3. Androhung	200
4. Keine Vollstreckungshindernisse	200
III. Vollzugsadressat und Vollzugsbehörde	201
IV. Einfacher Vollzug („gestrecktes Verfahren“)	201
V. Beschleunigter Vollzug (§ 229 Abs. 2 LVwG)	202
VI. Der sofortige Vollzug (§ 230 LVwG)	202
1. Begriff und Anwendung des sofortigen Vollzugs	202
2. Voraussetzungen für den sofortigen Vollzug	203
VII. Zwangsmittel	204
1. Ersatzvornahme (§ 238 LVwG)	204
2. Unmittelbarer Zwang (§ 239 LVwG)	205
3. Zwangsgeld (§ 237 LVwG)	206

## § 4. Öffentliches Baurecht

<b>A. Einführung</b>	208
I. Grundlagen	208
1. Öffentliches und privates Baurecht	208
2. Historische Entwicklung	209
3. Rechtsgrundlagen des öffentlichen Baurechts	210
a) Gesetzgebungszuständigkeiten	210
b) Bauplanungsrecht	210
c) Bauordnungsrecht	211
4. Verfassungsrechtliche Vorgaben	212
a) Baufreiheit	212
b) Planungshoheit als Gegenstand von Art. 28 Abs. 2 S. 1 GG	212
II. Gegenstand der Darstellung	213
<b>B. Bauplanungsrecht</b>	213
I. Bauleitplanung	214
1. Aufgabe	214
2. Zweistufige Bauleitplanung	214
a) Flächennutzungsplan	214
b) Bebauungspläne	215
3. Rechtmäßigkeitsanforderungen an die Bauleitpläne	216
a) Formelle Anforderungen	216
aa) Zuständigkeit	216
bb) Verfahren der Planaufstellung	217
(1) Aufstellungsbeschluss	217
(2) Umweltprüfung	217
(3) Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit	217
(4) Frühzeitige Behördenbeteiligung	217
(5) Entwurf des Bauleitplans	218
(6) Öffentliche Auslegung	218
(7) Förmliche Behördenbeteiligung	218

(8) Planbeschluss	218
(9) Genehmigungsverfahren	218
(10) Ausfertigung und ortsübliche Bekanntmachung	219
b) Materielle Anforderungen	219
aa) Äußere Vorgaben für die Bauleitplanung	219
(1) Anpassung an die Raumplanung	219
(2) Interkommunales Abstimmungsgebot	220
(3) Entwicklungsgebot	220
(4) Die Beachtung des Planungsrahmens	220
(5) Erforderlichkeit der Bauleitplanung	221
bb) Abwägungsgebot	221
(1) Ausgestaltung und Charakter	221
(2) Ebenen und Phasen der Abwägung	223
(3) Abwägungsfehler	223
c) Fehlerfolgen – Planerhaltung	224
aa) Unbeachtlichkeit von Fehlern: § 214 Abs. 1–3 BauGB	225
(1) Verfahrens- und Formfehler	225
(2) Materielle Fehler	225
bb) Verletzung kommunalrechtlicher Vorschriften	226
cc) Rückwirkende Heilung von Fehlern	226
dd) Rügeobliegenheit	227
II. Sicherung der Bauleitplanung	227
1. Veränderungssperre	228
2. Zurückstellung von Bauvorhaben	228
3. Gemeindliche Vorkaufsrechte	229
III. Bauplanungsrechtliche Zulässigkeit von Vorhaben	229
1. Anwendungsbereich der §§ 30–37 BauGB	230
a) Ausgrenzung von Fachplanungen (§ 38 BauGB)	230
b) Vorhaben i.S.v. § 29 Abs. 1 BauGB	230
2. Zulässigkeit von Vorhaben	231
a) Vorhaben im beplanten Innenbereich (§ 30 Abs. 1, 2 BauGB)	232
aa) Zulässigkeit nach § 30 Abs. 1 BauGB (qualifizierter Bebauungsplan)	232
bb) Zulässigkeit nach § 30 Abs. 2 BauGB (vorhabenbezogener Bebauungsplan)	233
cc) „Feinststeuerung“ nach § 15 BauNVO	233
dd) Ausnahmen und Befreiungen (§ 31 BauGB)	233
b) Vorhaben im unbeplanten Innenbereich (§ 34 BauGB)	234
aa) Anwendungsbereich	234
bb) Zulässigkeit von Vorhaben	235
(1) § 34 Abs. 2 BauGB	235
(2) § 34 Abs. 1 BauGB	235
(3) Sonstige Anforderungen an Vorhaben	236
c) Vorhaben im Außenbereich (§ 35 BauGB)	236
aa) Zulässigkeit privilegierter Vorhaben	237
bb) Zulässigkeit nichtprivilegierter Vorhaben	237
cc) Erleichterte Verwirklichung von nichtprivilegierten Vorhaben	238
dd) Schonungsgebot und Rückbauverpflichtung	238
d) Vorhaben während der Planaufstellung (§ 33 BauGB)	238

e) Zulässigkeit von Vorhaben aus aktivem Bestandsschutz? . . . . .	239
3. Einvernehmen der Gemeinde (§ 36 BauGB) . . . . .	240
<b>C. Bauordnungsrecht</b> . . . . .	242
I. Bauordnungsrechtliche Zulässigkeit . . . . .	242
1. Anwendungsbereich der Landesbauordnung (§§ 1, 2 LBO) . . . . .	242
2. Allgemeine Anforderungen (§ 3 LBO) . . . . .	243
3. Besondere Anforderungen . . . . .	243
a) Verunstaltungsverbot (§ 10 LBO) . . . . .	243
b) Werbeanlagen (§ 11 LBO) . . . . .	244
c) Abstandflächen (§ 6 LBO) . . . . .	245
d) Stellplatzpflicht (§ 50 LBO) . . . . .	246
e) Sonstige Vorschriften des materiellen Bauordnungsrechts . . . . .	247
II. Formelles Bauordnungsrecht . . . . .	247
1. Organisation der Bauaufsicht . . . . .	247
a) Bauaufsichtsbehörden (§ 58 LBO) . . . . .	247
b) Fachaufsicht . . . . .	248
c) Zuständigkeitsverteilung (§ 61 LBO) . . . . .	248
2. Die am Bau Beteiligten . . . . .	249
III. Bauordnungsrechtliche Instrumentarien . . . . .	250
1. Instrumente präventiver Rechtmäßigkeitskontrolle . . . . .	250
a) Baugenehmigung . . . . .	250
aa) Genehmigungsbedürftigkeit . . . . .	250
(1) Verfahrensfreie Bauvorhaben (§ 63 LBO) . . . . .	251
(2) Genehmigungsfreistellung (§ 68 LBO) . . . . .	251
(3) Fliegende Bauten (§ 76 LBO) . . . . .	252
(4) Bauaufsichtliche Zustimmung (§ 77 LBO) . . . . .	252
bb) Genehmigungsfähigkeit . . . . .	253
(1) Formelle Rechtmäßigkeit . . . . .	253
(a) Zuständigkeit . . . . .	253
(b) Verfahren . . . . .	253
(aa) Bauantrag . . . . .	253
(bb) Baugenehmigungsverfahren . . . . .	253
(cc) Beteiligungsrechte . . . . .	254
(c) Form . . . . .	255
(2) Materielle Rechtmäßigkeit . . . . .	255
cc) Rechtswirkungen . . . . .	256
b) Bauvorbescheid (§ 66 LBO) . . . . .	257
c) Teilbaugenehmigung (§ 74 LBO) . . . . .	258
2. Baulast (§ 80 LBO) . . . . .	258
3. (Repressive) Bauordnungsmaßnahmen . . . . .	259
a) Befugnisse der Bauaufsicht . . . . .	259
b) Einzelne Maßnahmen . . . . .	260
aa) Baueinstellung (§ 59 Abs. 2 Nr. 1 LBO) . . . . .	260
bb) Beseitigungsanordnung (§ 59 Abs. 2 Nr. 3 LBO) . . . . .	260
(1) Formelle und materielle Illegalität . . . . .	260
(2) Passiver Bestandsschutz . . . . .	261
b) Nutzungsuntersagung (§ 59 Abs. 2 Nr. 4 LBO) . . . . .	262



<b>D. Rechtsschutz im öffentlichen Baurecht</b> .....	263
I. Rechtsschutz des Bauherrn .....	263
1. Klage auf Erteilung einer Baugenehmigung .....	263
2. Klage gegen Bauordnungsmaßnahmen .....	264
II. Rechtsschutz des Nachbarn .....	264
1. Schutznorm .....	265
2. Begriff des Nachbarn .....	266
3. Nachbarschutz einzelner baurechtlicher Vorschriften .....	266
a) Nachbarlicher Abwehranspruch aus den Grundrechten .....	266
b) Gebot der Rücksichtnahme .....	267
c) Bauplanungsrecht .....	267
aa) Festsetzungen eines Bebauungsplans .....	267
bb) § 31 BauGB .....	268
cc) § 33 BauGB .....	269
dd) § 34 BauGB .....	269
ee) § 35 BauGB .....	269
d) Bauordnungsrecht .....	270
4. Prozessuale Fragen des Nachbarschutzes .....	270
a) Vorgehen gegen eine Baugenehmigung .....	270
b) Klage auf bauaufsichtliches Einschreiten .....	271
III. Rechtsschutz gegen Bauleitpläne .....	272
1. Flächennutzungsplan .....	272
2. Bebauungsplan .....	272
Stichwortverzeichnis .....	275